

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 252

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver

Donnerstag, den 26. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 88 mm Breite 3.— M., im
Reklametext 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Belegung 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler beabsichtigt, eine Erklärung abzugeben, daß infolge der Markentwertung Deutschland auch die Sachleistungen nicht in der bisherigen Weise weiter durchführen kann.

* Die Sozialdemokraten fordern bestimmte Reformen der Devisenordnung und der Ernährungswirtschaft und drohen mit dem Austritt aus dem Kabinett.

* Der Reichstag verlängerte in 3. Lesung die Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925, nahm die Erhöhung des Getreideumlagepreises an und vertagte sich bis zum 7. November.

* Lord Curzon entwickelte ein neues Reparationsprogramm, welches an Stelle der Gewalt eine vernünftige Verständigung empfiehlt und den Verzicht Englands auf seine Forderungen verlangt.

* Die Wiener Banken haben der österreichischen Regierung die geforderte Anleihe von 30 Millionen Goldkronen bewilligt.

Politik der Vernunft?

Der kirmende Jubel, mit dem der Rücktritt Lloyd Georges in Frankreich begrüßt worden ist, hat nicht lange vorgehalten. Sei es aus Klugheit, sei es aus Bedenken, ist man nach und nach wieder zu vorsichtiger Haltung zurückgekehrt, und selbst die Tatsache, daß zwei so ausgesprochene Franzosenfreunde wie Lord Curzon und Lord Derby in das von Bonar Law gebildete neue Ministerium aufgenommen wurden, kann die Pariser Presse nicht dazu bewegen, von der gedämpften Tonart abzulassen, zu der sie sich rasch wieder zurückgefunden hat.

Es wäre natürlich voreilig, daraus irgendwelche positiven Schlüsse ziehen zu wollen. Die Reparationskommission ist im Augenblick mit der Durchberatung der beiderseitigen Vorschläge, gestaut auf die Namen von Bradbury und Barthou, beschäftigt; je zurückhaltender inzwischen die Presse sich zeigt, desto größer die Aussicht, den französischen Standpunkt schließlich zum Siege zu bringen. In England wiederum bereitet man sich von Seiten des neuen Kabinetts, dem britischen Vertreter in der Reparationskommission nach Möglichkeit zu Hilfe zu kommen. So erklärte Lord Curzon einem Berichterstatter gegenüber, er hoffe, daß man auch in Frankreich einsehen werde, daß die Wirtschaftslage Deutschlands außerordentlich unsicher sei. Infolge dieser Unsicherheit treibe Deutschland eine Art Verschwörung, welche die Grundlage des gesamten nationalen Lebens zerstöre. Der Zusammenbruch der deutschen Währung müsse auch die schwersten sozialen Folgen nach sich ziehen. Um dieser drohenden Katastrophe vorzubeugen, müßten die Alliierten Opfer bringen. Man müsse deshalb zunächst zu einem Einverständnis gelangen über die interalliierten Schulden. England werde auf seine 22 prozentigen Reparationszahlungen verzichten müssen. Erst dann, wenn diese Frage geregelt sei, könne man festzustellen versuchen, wie die wirkliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschaffen sei. Es wäre vielleicht auch nützlich, den Völkern und zu dieser Frage heranzuziehen. Er könne die notwendigen Untersuchungen anstellen und namentlich die Frage neuerdings erörtern, ob Frankreich nicht das notwendige Geld durch eine internationale Anleihe erhalten könne. Man könne keine Politik der Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland mehr treiben. 60 Millionen Menschen könne man durch Drohungen nicht zwingen. Deutschland könne in seiner gegenwärtigen Lage gar nicht daran denken, sein Geld im Ausland unterzubringen. Frankreich müsse durch eine Politik der Vernunft versuchen, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Auch Lord Derby erklärte demselben Berichterstatter, daß Frankreich auf gewisse Erwartungen in der Reparationsfrage verzichten müsse, wenn es auch auf die Zahlungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestehen müsse. Frankreich und England müßten zusammenarbeiten und aufhören, sich gegenseitig zu beschuldigen, auch wenn sie in gewissen Fragen nicht immer einer Meinung seien. Man müsse das Reparationsproblem so behandeln, daß Deutschland Vertrauen zu der von den Alliierten vorgeschlagenen Lösung fassen könne.

Man sieht, wesentlich anders als Lloyd George die Reparationsfrage wenigstens zeitweise behandelte, wird sie jetzt auch von maßgebenden Mitgliefern des neuen Kabinetts nicht angesehen. Es will schon etwas heißen, wenn ein Mann wie Lord Curzon vor weiteren Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland seine warnende Stimme erhebt, und wenn gar ein Lord Derby den Franzosen gewisse Verzichtleistungen in der Reparationsfrage nahelegt. Inzwischen werden sie aus Deutschland erfahren haben, daß man hier sogar nachgerade an der Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Sachlieferungen an Frankreich zu zweifeln beginnt, und daß selbst unsere Erfüllungspolitik der das Ende der Erfüllungspolitik gekommen glauben in der Überzeugung, daß allenfalls nur noch eine sofortige Neuregelung der Reparationslasten den völligen Zusammenbruch aushalten könnte. Wenn statt dessen wirklich der Völkern und noch einmal weitreichende Untersuchungen veranlassen sollte, von denen die Welt wahrhaftig genug und übergenug gehört und gesehen hat, so würde damit im Grunde nur der französischen Unvernunft der Weg bereitet werden. Bonar Law und seine Mitarbeiter werden sich früher, als sie es gedacht haben mögen, vor die Entscheidung gestellt sehen, entweder der Politik der Vernunft oder der Politik der Zerstörung zum Siege zu verhelfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Der Reichsrat nahm die Vorlage über ein Ruhegehalt für den Reichspräsidenten an. Dem Reichspräsidenten soll

danach beim Ausscheiden in drei Fällen eine Versorgung gewährt werden, nämlich, wenn er ausscheidet mit Ablauf seiner Amtsdauer oder vorher infolge von Arbeitsunfähigkeit oder aus politischen Gründen. Mit dem Zeitpunkt des Ausscheidens erhält der Reichspräsident zunächst vorläufig als Übergangsgeld ein Jahr lang drei Viertel seiner jeweiligen Bezüge, später dauernd als „Ehrensold“ die Hälfte der jeweiligen Bezüge des Reichspräsidenten. Für die Witwe und die Kinder des Reichspräsidenten wird ebenfalls entsprechende Versorgung gewährt.

Vorschläge an Beamte zur Winterversorgung.

Die von der Regierung den Beamten und Angestellten gewährten Vorschüsse zur Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen sind in der letzten Zeit nicht unwesentlich erhöht worden. Der Kohlenvorschuss kann in Zukunft bis zur Höhe der Hälfte des einfachen Jahresgrundgehalts gewährt werden, er muß aber nach wie vor bis spätestens 4. April nächsten Jahres zurückgezahlt sein.

Einstweiliger Ruhestand für Beamte.

Der Preussische Staatsrat nahm den Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand an. Danach können im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform jederzeit einstweilen in den Ruhestand versetzt werden: Ministerialdirigenten, Oberpräsidialräte, Oberregierungsräte. Dabei ist es unerheblich, ob die Beamten vor oder nach Inkrafttreten der Reichsverfassung angestellt worden sind.

Der internationale Freihandelskongress

in Frankfurt a. M. wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden des deutschen Freihandelsbundes Dr. Koenen-berg-Brankfurt a. M. eröffnet, in der er mit besonderer Wärme den greisen Lord Sheffeld begrüßte, der zuerst die Initiative ergriffen habe, diesen auf eine Verständigung im internationalen Wirtschaftsleben gerichteten Kongress nach Deutschland einzuberufen. Den ersten Vortrag hielt Reichstagsabgeordneter Reimath über die Freiheit der Wirtschaft. Nach weiteren Referaten des Reichsministers a. D. Gothein über Valuta und Freihandel und von Lord Beauchamp über Antidumping-Maßregeln begann die Diskussion.

Pfarrer Traub unter Anklage.

Dem Vernehmen nach ist vom Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen Pfarrer Traub ein Verfahren wegen Verleumdung des Reichspräsidenten eingeleitet worden.

Aus In- und Ausland.

Deutsch. Im Reichstagsbeschluss für Kriegsbefähigungsfürsorge machte ein Regierungsvertreter Mitteilung über Feuerungsmaßnahmen für Kriegsbefähigte, wobei er bekanntgab, daß von der Regierung im November d. J. eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz eingebracht werden würde.

Wien. Die französischen Befähigungsbehörden haben den Angehörigen der am 12. Juni d. J. von einem afrikanischen Soldaten der französischen Rheinarmee ermordeten Frieda Suktes aus Böhmen eine vorläufige Entschädigung von 60 000 Mark überweisen lassen.

Letuan. Spanische Kriegsschiffe und Flugzeugabteilungen beschossen die Küste und landeten Truppen in Ceuta.

Vertagung des Reichstages.

(264. Sitzung.)

OB. Berlin, 24. Oktober.

Eröffnet wurde die Sitzung mit einigen kleinen Anfragen. Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wurde geantwortet, daß eine Zusammenstellung der Ausschreitungen der Besatzungstruppen demnächst dem Reichstage vorgelegt werden solle. Auf eine andere Anfrage, die von sozialdemokratischer Seite stammte, wurde erwidert, der Regierung sei von einer abschließenden Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte nichts bekannt.

Hierauf wurde ohne Auseinandersetzung die Ergänzung der Besatzungsvorschriften einem Ausschusse überwiesen und die Novelle zu den Vorschriften über die Pfändbarkeit von Geschäftsansprüchen, sowie der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Forderungsfrist der 1922er Weine in allen drei Lesungen angenommen. Ebenfalls ohne Auseinandersetzung wurden die drei Lesungen der Vorlage über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und über die Getreideumlage erledigt. Die namentliche Schlussabstimmung wurde einstweilen zurückgestellt.

Angestelltenversicherung.

Dann kam zur 3. Beratung des Angestelltenversicherungsgesetzes. Nachdem der Reichsarbeitsminister und verschiedene Redner aus dem Hause gesprochen hatten, wurde in namentlicher Abstimmung zunächst der Antrag auf lebenslängliche Anstellung der beamteten Direktionsmitglieder mit 210 gegen 182 Stimmen abgelehnt, dagegen der Eventualantrag (überrückende Anstellung der Direktoren in den ersten drei Jahren) mit 207 gegen 174 Stimmen angenommen. Nachdem dieses Gesetz auch in der Schlussabstimmung endgültig angenommen worden war, kam man zur Schlussabstimmung über die

Antwörterklärung des Reichspräsidenten.

In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag der Mehrheitsparteien und der Deutschen Volkspartei auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Dazu stellte der Präsident Lohse fest, daß die Annahme des Antrages mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt sei. Durch diesen Beschluß werde das bisherige Provisorium beendet und der gegenwärtige Präsident Ebert ersucht, sein Amt als Reichspräsident bis 1925 weiterzuführen.

Abstimmung eines Volksentscheides.

Darauf wurde namentlich über den Antrag der Deutschen Nationalen abgestimmt, die Verlängerung des eben mitgeteilten Volksentscheides auf drei Monate hinauszuschieben, damit in zwischen ein Volksentscheid herbeigeführt werden könne. Dieser Antrag wurde mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dazu bemerkte Präsident Lohse, der Antrag hat nicht das für solche Fälle vorgeschriebene Drittel der Stimmen erhalten. Der erste Beschluß, daß der jetzige Präsi-

dent bis 1925 weiter amtiert solle, tritt damit sofort in Wirkung. Das Präsidium des Reichstages wird sich unmittelbar nach Schluß der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben und ihn fragen, ob er diesem Ersuchen stattgeben will. In den Fällen, der diese Worte begleitete, mischte sich der Abg. Höflein (Komm.), der von der Tribüne zur Rednertribüne aus lachend in das Haus rief: „Es lebe die Stinnes-Regierung und ihr Präsident!“

Vierfacher Preis für das Amlagegetreide.

Nun sollte die Schlussabstimmung über die Getreideumlage, die gestern in zweiter Lesung mit der Maßgabe eines vervierfachen Preises angenommen worden war, stattfinden. Vorher beantragten die Abgeordneten Koenen (Komm.) und Ledebour (U. Soz.) nochmals die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Das sei um so wichtiger, weil jetzt eine Regierungsfrist eingetreten sei und das Volk vom Reichstage erfahren müsse, was die Koalition hinter den Kulissen ausgeheckt habe. Der Appell an die Wähler sei notwendig, weil in der Getreideumlage die Regierung nicht eine feste Koalition hinter sich habe.

Abg. Koenen unterstützte diesen Antrag auf Wiederaufnahme der Debatte mit der Verlesung eines Schreibens, worin der Reichsausschuß der Betriebsräte verlangt, daß seine Vertreter vor Annahme der Getreideumlage gehört würden. Der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung über die Getreideumlage, die nunmehr stattfand, hatte das Ergebnis, daß die Getreideumlage nach den Beschlüssen der 2. Lesung mit 236 gegen 160 Stimmen angenommen wurde.

Hierauf beantragte der Abg. Ledebour (U. Soz.) zur Geschäftsordnung Aussetzung der Sitzung auf eine Stunde, um den Reichskanzler zu ersuchen, Auskunft darüber zu geben, auf welche Parteien er sich in Zukunft zu stützen gedenke. Nach dem Ausfall der Abstimmung über die Getreideumlage stehe der Reichskanzler vor der Unmöglichkeit, seine bisherige Politik fortzuführen. Darum müsse er den Reichstag auflösen und an die Wähler appellieren. Von den Sozialdemokraten, diesen geschäftsmäßigen Rühmändern, sei freilich nichts zu erwarten. Abg. Koenen (Komm.) unterstützte auch diesen Antrag.

Gegen die Stimmen der Antragsteller wurde der Antrag abgelehnt. Nachdem noch das Gesetz über die Gehaltsbefreiung in allen drei Lesungen angenommen worden war, hatte die Sitzung ihr Ende erreicht. Das Haus vertagte sich auf Dienstag, den 7. November. Die Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsidenten überlassen.

Preussischer Landtag.

(180. Sitzung.)

4. Berlin, 24. Oktober.

Der Landtag setzte heute die Besprechung der Rhein-Land-Interpellationen fort. Dabei kritisierte der Deutschnationaler Bachem scharf die gesamte Befähigungswillkür der Entente. Das Befähigungsheer verschlingt mehr, als das ganze deutsche Heer im Frieden gekostet hat. Unverträglich sind die Gewalttaten an der Bevölkerung. Willkürlich wird auch auf das unbefestigte Gebiet übergriffen. Die belgischen Befähigungsbehörden überbieten vielfach noch die französischen. Der Militärwillkür stellt sich die Zivilbehörde, die Rheinlandkommission, würdig zur Seite. Die Beamtenabfertigungen sprechen selbst dem Rheinlandabkommen Hohn.

Der Volksparteiler Danckler erneuerte die Forderung nach Zurückziehung der farbigen Truppen aus dem besetzten Gebiet. Für das Saargebiet brauchen wir eine weibliche Wirtschaftspolitik. Wir leben im besetzten Gebiet nicht nur unter der Besetzung, sondern auch unter den Radikalen von rechts und links.

Abg. Blenge (Komm.) meinte, die Klassenbewußte Arbeiterchaft kann sich an einem Protest gegen Reichsbelegung durch die Interalliierte Kommission nicht beteiligen; gegen sie sei das Recht zu oft gebeugt worden.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtages beschloß eine Vertagung der Vollsitzungen vom 25. Oktober bis zum 6. November. Vom 6. bis 11. November sollen dann weitere Vollsitzungen erfolgen, wobei der 9. November sitzungsfrei bleibt. Am 12. November tritt eine weitere Vertagung bis zum 23. November ein.

Eine verlagte Krisis.

Änderung der „Erfüllungspolitik“?

Das Auseinandergehen des Reichstages zu einer kurzen Tagungspause bis zum 7. November ist diesmal planmäßig und doch höchst überraschend erfolgt, weil noch wenige Stunden vor Schluß der Sitzung jedermann im Reichstage glaubte, die Dinge würden anders kommen. Daß wegen der Devisenverordnung und der Getreideumlage schwere Differenzen zwischen den Parteien bestanden, war noch am Montag das Hauptthema der Reichstagspolitik. Aber bereits während der Erörterungen über die Art, wie diese Krisis gelöst werden könnte, wurde im Reichstage am Montagabend in einer Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern bekannt, daß sich der Schwerpunkt der Gesamtlage vollständig von der Innenpolitik auf die Außenpolitik verschoben hatte. Der Kanzler kündigte

eine Regierungserklärung im Reichstage

an, in der er am Dienstag mitteilen wollte, daß die Erfüllungspolitik der Regierung infolge des Marksturzes nicht mehr in der bisherigen Form durchführbar sei, auch nicht in bezug auf die bisher am längsten innegehaltenen Sachleistungen. Im Zusammenhang mit dieser grundlegend wichtigen außenpolitischen Erklärung standen Bestrebungen auf eine Umgestaltung der Koalition. Die Sozialdemokraten stellten ein vollständiges Programm mit neuen Forderungen in Aussicht, wobei besonders die Devisenverordnung eine große Rolle spielte. Sie beschloßen einen Antrag folgenden Inhalts:

In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Marktwirtschaft zu führen droht, ist die restlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden, erforderlich. Sie wünschen deshalb von der Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Diese deutliche Schwelung zur Zwangs-
wirtschaft wurde von den bürgerlichen Parteien nicht
gebilligt, die ihrerseits vielmehr einen Übergang vom Acht-
stundentag zu höherer Arbeitsleistung anstreben.
Auch sind sie mit dem sozialdemokratischen Wunsch nicht
einverstanden, das Gold der Reichsbank zur Sanierung
des Valutamarktes mobil zu machen, da sie nicht nur
währungsökonomische, sondern produktionssteigernde Maß-
nahmen verlangen. Es erhob sich nun die Frage, ob an-
gesichts dieser Differenzen die

Sozialdemokraten aus der Regierung ausschließen
würden, oder ob ein überparteiliches „Kabinet der
Persönlichkeiten“ gebildet werden sollte. Jeden-
falls aber glaubte niemand, daß die Dinge so bleiben wür-
den wie sie waren. Der Kanzler hat aber am Dienstag
seine Pläne geändert. Er trat im Reichstage nicht
mit der beabsichtigten Erklärung auf und berief statt dessen
nur eine Kabinettsitzung. Die fortbestehende innerpolitische
Krisis wird nun im Kreise der Regierung und der Partei-
führer während der Arbeitspause des Kabinetts gelöst
werden müssen, und auch für die Bekämpfung der ver-
ändernden außenpolitischen Lage wird der Kanzler einen
andern Weg zu finden haben. Die Krisis ist nach beiden
Richtungen hin nicht erledigt, sondern nur verlagert.

Krisis auch in Bayern?

Aus München wird berichtet, daß es in Bayern wegen der
Krisis verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zwischen der Regierung
zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien gekommen
ist. Da besonders die bayerische Volkspartei mit dieser Ver-
schiebung unzufrieden ist, erneuern sich die Gerüchte von einem
vorübergehenden Regierungswechsel, und es werden bereits ver-
schiedene Namen für den Nachfolger des Grafen Lerchenfeld
genannt.

Notruf für die sterbende Presse.

Berlin, 24. Oktober.

In einer stark besuchten Versammlung des Vereins
Berliner Journalisten wurde folgende Entschließung gefaßt
und der Reichs- sowie der preussischen Regierung über-
mittelt: „Der Verein Berliner Journalisten macht mit allem
Nachdruck die Regierungen des Reichs und Preussens
sowie die parlamentarischen Körperschaften darauf auf-
merksam, daß die Notlage des Zeitungsberufes auf
höchste gestiegen ist. Selbst die große Presse geht ein oder
steht sich mindestens zur Einschränkung ihres Erscheinens
gezwungen, und dadurch wird die Existenzmöglichkeit der
deutschen Journalisten vollkommen untergraben. Schon
herrscht bei den allermeisten von ihnen bitterster Not. Der
Verein Berliner Journalisten verlangt, daß endlich die Re-
gierungen ihre vielfachen Versprechungen, der Not der
Presse abzuhelfen, erfüllen und erklärt, daß ein Zusammen-
bruch der deutschen Presse die Einleitung zum
Zusammenbruch des Reichs bedeute.“

Die Sondersteuer für Anzeigen.

Der Steuerantrag des Reichstages befaßte sich Dienstag
mit der Anzeigensteuer. Den Verhandlungen lag der Antrag
Gergt (Deutschnat.) auf Aufhebung der Anzeigensteuer zu-
grunde. Im Laufe der Beratungen wurde ein Antrag Brühl
(Deutschnat.) eingebracht, die Anzeigensteuer für die ersten
500 000 Mark auf 1/2 Prozent, für die nächsten 500 000 Mark
auf 1 Prozent, für die nächsten 500 000 Mark auf 1 1/2 Prozent
und darüber hinaus auf 2 Prozent festzusetzen. Ein weiterer
im Laufe der Beratungen abgegebener Antrag Dr. Fischer
(Dem.) beantragte, die Anzeigensteuer für die ersten 600 000
Mark auf 1 Prozent, für die nächsten 600 000 Mark auf 1 1/2
Prozent und für den restlichen Betrag auf 2 Prozent festzusetzen.
Schließlich wurde ein Unterantrag eingebracht, der eine end-
gültige Regelung vorschlug. Es kam jedoch schon als
Ansicht des Ausschusses zum Ausdruck, daß die Sondersteuer
für Anzeigen auf jeden Fall beseitigt werden sollte; weitere
Erörterungen für die Presse werden mit höchster Wahr-
scheinlichkeit auch die allgemeine Zustimmung des Ausschusses finden.

Solales und Provinzielles.

Salver, 26. Oktober 1922.

□ Von den neuen Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit
dem Datum vom 15. September 1922 wird demnächst eine
dritte Serie ausgegeben werden. Sie hat folgende Merk-
male: Das Papier ist hellblau getönt. Das Wasserzeichen
des Papiers ist ein aus hellen Linien gebildetes offenes
Fächermuster, in dessen Zwischenräume kleine, ebenfalls
aus hellen Linien gebildete Noten eingestrichelt sind. Die
Nummer in der linken oberen Ecke der Vorderseite ist in
blaugrüner Farbe gedruckt.

Goldelfe.

Roman von E. Marlitt.

49 (Nachdruck verboten.)

Er legte plötzlich den Arm um ihre Hüfte und zwang
sie, stehen zu bleiben, sein glühendes Gesicht mit den funkelnden
Augen näherte sich dem ihrigen. Im ersten Augenblick
starrte sie ihn an, wie gelähmt oder bewusstlos, dann flog ein
Schauer durch ihre Glieder, und mit einer Gebärde des tief-
sten Abscheues stieß sie ihn von sich.

„Wagen Sie es nicht noch einmal, mich zu berühren!“
rief sie mit weicher, klagender Stimme. In diesem Augen-
blick erscholl lautes Händeklappen in der Nähe. Elisabeth
wandte freudig erschrocken den Kopf nach der Richtung.

„Hektor, hierher!“ rief sie in den Wald hinein. Gleich
darauf klirrte der Saathund des Oberförsters aus dem
Ausschlag.

„Ich nenne es eine kleine Nade, zu der er voll-
kommen berechtigt war... Und was die Gastfreundschaft
betrifft, so genüge ich jetzt schon einfach von dem, was später
doch einmal mein Eigentum sein wird; ich sehe nicht ein,
wie ich um deswillen das Urteil über meinen Vetter ändern
soll... Abgesehen bin ich derjenige, welcher sich aufopfert
und Dank verdient; rechnen Sie meine Hingebung und Auf-
merksamkeit für Fräulein von Walde gar nicht?“

„Es mag in der Tat eine schwere Aufgabe sein, Sie und
da einige Blumen zu pflücken, um sie einer armen Kranken
zu bringen.“ sagte Elisabeth ironisch.

„O, Sie... Aber diese kleinen Huldigungen sind mir ver-
gnügt, wie ich... meiner großen Befriedigung bemerke.“ rief
er triumphierend. „Haben Sie im Ernste geglaubt, ich könnte
da päpstlich fühlen, wo mein Schönheitssinn so stark beleidigt
wird?... Ich schäme mein Mähdchen, aber deswegen ver-
geße ich doch keinen Augenblick, daß Sie ein Jahr älter ist als
ich, einen Höheren und eine höhere Hüfte hat und...“

„Wohlelch!“ unterbrach ihn Elisabeth, außer sich vor
Entrüstung, und sprang hinüber auf die Landstraße. Er
folgte ihr.

„Wohlelch!“ sagte auch ich,“ fuhr er fort, indem er glei-
chen Schritt mit ihr zu halten suchte, „besonders wenn ich
Ihre hehre Gestalt neben mir sehe... Und nun laufen Sie
nicht so, ich habe Sie lieber Frieden mit mir...“
Sie nicht... „Ach, das Gold,“ von dem ich...“
räume

□ Die Markenbrotversorgung. Über die Durchführung
der Verordnung zum Ausschluß der Besserbemittelten von
der Markenbrotversorgung bestehen im Publikum noch
Zweifel. Unter anderem nehmen vielfach Haushaltungen,
die nach den Bestimmungen der Verordnung auf das freie
Brot zu verweisen sind, für ihre Hausangehörigen die
Brotkarten in Anspruch, anstatt sie abzuliefern. Nach Aus-
kunft des Reichsministeriums für Ernährung und Land-
wirtschaft ist ein solches Verfahren unzulässig und steht die
betreffenden Haushaltungsvorstände der Gefahr der Be-
strafung aus. Haushaltungen sind nämlich entweder in
ihrer Gesamtheit mit Markenbrot zu versorgen oder in
ihrer Gesamtheit zum Bezug freien Brotes verpflichtet, je-
nachdem das Einkommen des Haushaltungsvorstandes ein-
schließlich der ihm zuzurechnenden Einkommen der Haus-
haltsangehörigen die in der Verordnung gesetzten Grenzen
von 30 000 Mark und je 15 000 Mark überschreitet oder
innerhalb dieser Grenzen bleibt. Es wird daher nochmals
darauf hingewiesen, daß die Haushaltungen, die nicht
markenbrotberechtigt sind, auch auf die Brotkarten für das
Hauspersonal verzichten oder die Karten, soweit sie sie schon
erhalten haben, zurückliefern müssen.

—* Wie der amtliche Preussische Pressedienst mit-
teilt, ist der bisherige Landrat in Arnberg, Dr. Haslinde,
zum Regierungspräsidenten in Münster, der bisherige
Landrat in Krefeld, Dr. Saassen, zum Regierungs-
präsidenten in Trier ernannt worden. Mit der kom-
missarischen Verwaltung des Landratsamtes in Krefeld
wurde Regierungsrat Odenthal betraut.

—* Kannst du die Zeitung entbehren? Nein.
Warum nicht? Weil sie dir ungemein vieles sagt, das
du wissen mußt. In erster Linie sind es behördliche
Bekanntmachungen, Steuergesetze, Post-, Eisenbahn- und
andere Tarife, von denen du Kenntnis zu nehmen hast,
willst du nicht Schaden erleiden. Aber auch den Gang
der Politik sollst du verfolgen; diese Politik geht sogar
durch deine Tasche. Der politische Barometerstand von
heute ist sehr oft der wirtschaftliche Barometerstand von
morgen! Die Zeitung sagt dir aber noch viel mehr —
abgesehen von den vielen Mitteilungen, Geburten, Hoch-
zeiten und Todesfällen dir bekannter Personen. Sie
hält dich über den Stand des Geldes auf dem laufenden;
nennt dir die Kurse der Wertpapiere, gibt dir die Aus-
sichten der Ernte und das Wetter bekannt, sagt dir im
Anzeigenteil, wann, wo und wie du kaufen sollst, vor
welchem Schwindler ein jeder gewarnt sein muß, nennt
dir neue Paragraphen der Verkehrsordnung, des Miet-
gesetzes — und vieles andere mehr. Du siehst also, du
brauchst dein Blatt notwendig, mehr noch, du bist ohne
Zeitung ein vom Weltgeschehen Ausgeschlossener, — ein
lebender Toter!

—* Anzeigen-Ersatz oder „lokaler Hinweis“.
Gegen unbillige an die Tageszeitungen gerichtete Wünsche
wendet sich der Zeitungsverlegerverein. Er gibt bekannt:
„Seit langem haben die von Behörden, Vereinen und
Privaten von den Zeitungen geforderten Gratisleistungen,
trotz deren Notlage, derart überhand genommen, daß
gegen diese übermäßigen Anforderungen ein gemeinsames
Handeln geboten erscheint. Deshalb sind die an den
Verein angeschlossenen Zeitungen gebunden: 1. Alles,
was nach Form, Inhalt oder Zweck einen Anzeigenauf-
trag darstellt bzw. dazu dienen soll, eine Anzeige zu er-
setzen oder entbehrlich zu machen, ist für die Aufnahme
in den Textteil (sogenannten redaktionellen Teil) der
Zeitung abzulehnen. 2. Für alle Anzeigenaufträge, auch
solche, welche sogenannte wohltätige Zwecke, Gabenlisten
usw. betreffen, ist Barzahlung zu beantragen. 3. Hin-
weise und Reklamenotizen sind, soweit solche seitens der
Zeitung nicht grundsätzlich abgelehnt werden, jedenfalls
nur in Verbindung mit einer Anzeige in gleicher Nummer
zu bringen und dürfen drei Zeilen nicht überschreiten.
Ohne gleichzeitige Anzeige erfolgt niemals ein Hinweis.
4. In allen Artikeln und Hinweisen ist stets und grund-
sätzlich das zu streichen, was naturgemäß in den An-
zeigenteil gehört.“

—* Der Bezirksverband der Freiwilligen
Sanitätskolonnen „Märkisch-Sauerland“ hielt am
Sonntag, den 15. Oktober ds. Js. seinen 1. Verbands-
tag in Hohenlimburg ab. Die über Erwarten gut be-
suchte Tagung wurde gegen 11 Uhr vormittags durch

den Verbandsvorsitzenden, Sanitätsrat Dr. Hammer-
schmidt, Altena, mit warmen Worten der Begrüßung an
die Erschienenen, insbesondere an die Gäste, Ober-
regierungsrat Clubius-Münster, Geheimrat Thomée-Altena,
Bürgermeister Menzel-Hohenlimburg und den Vertreter
des Landrats Iserlohn, Jarrenkotten, eröffnet. Ober-
regierungsrat Clubius dankte für die freundlichen Be-
grüßungsworte und gab seiner Freude Ausdruck, daß es
ihm vergönnt sei, einer ganzen Reihe von Kameraden
für 10- und 25jährige verdienstvolle Tätigkeit im Roten
Kreuz das Ehrenzeichen zu verleihen, und zwar für
25jährige Tätigkeit den Kameraden Sanitätsrat Dr.
Hammer Schmidt, Roland Kord-Ruwisch, Gustav Marling-
haus-Altena, Schliephahn und Henkel-Vetmathe und für
10jährige Tätigkeit 30 bzw. 10 Mitgliedern der Sani-
tätskolonnen Altena und Vetmathe. Bürgermeister
Menzel hieß die auswärtigen Kolonnen in Hohenlimburg
herzlich willkommen und fand warme Worte der An-
erkennung der Leistungen der Sanitätskolonnen in harter
Kriegs- und Friedenszeit. Nachdem Landrat Thomée
für den ihm durch den Verbandsvorsitzenden zuteil ge-
wordenen freundlichen Empfang gedankt hatte, wurde
in die Tagesordnung eingetreten. Der Tätigkeitsbericht
des Verbands-Geschäftsführers, Kreisamtsdirektor Becker,
legte Zeugnis davon ab, daß der Bezirksverband in der
kurzen Zeit seines Bestehens mit verhältnismäßig geringen
Mitteln bereits in weitem Umfange segensreich gewirkt
hat und seiner Zweckbestimmung durchaus gerecht geworden
ist. Der Vorstand zählt heute über 500 Mitglieder.
Die Jahresrechnung und der Kassenvorbericht wurden ent-
lastet. Die Gründung der Kolonnen Halver, Meinerzhagen,
Brügge und Plettenberg wurde freudig begrüßt
und deren Aufnahme in den Bezirksverband beschlossen.
Der Verband umfaßt jetzt 18 Kolonnen. Auf Antrag
der Kolonne Iserlohn, die im nächsten Jahre ihr 25-
jähriges Stiftungsfest feiert, wurde als nächstjähriger
Tagungsort Iserlohn gewählt. Im Mittelpunkt der
Tagung standen die Berichte der Kolonnenärzte Ham-
mer Schmidt und Hunsdiecker über die Vertretertagungen in
Münster und Erlangen. Zur Entlastung des Geschäfts-
führers wurde der Kreisassistentenobersekretär Hadler-
Altena zum stellv. Schriftführer gewählt. Im An-
schluß daran fand im Bentheimerhof das Mit-
tagessen in Gestalt einer von der Kolonne Hohenlimburg
hergerichteten Erbsensuppe statt. Am Nachmittag ging,
von herrlichem Wetter begünstigt, in dem dankbar
schönsten Waldgelände am Schloß die Übung der
Kolonne Hohenlimburg vor sich. Zum ersten Male
wurde das Kapitel „Desinfektion“, das offizieller Unter-
richtsgegenstand geworden ist, in Frage und Antwort
behandelt und zwar so, daß alle Kolonnenkameraden
und eine große Anzahl von Gästen, die sich auf dem
Verbandsplatz eingefunden hatten, Hörer sein konnten.
Den weiteren Teil der Veranstaltung bildete ein kamer-
adschaftliches Zusammensein im Volksheim, bei der
Gelegenheit manche alte Freundschaft aus Kriegs- und
Friedenszeit erneuert und neue kameradschaftliche Bande
geknüpft wurden. Alle Gäste trennten sich von der
gastfreien Stadt Hohenlimburg unter dem starken Ein-
druck eines sehr glücklichen Versammlungsverlaufes und
dem Bewußtsein, daß die Bezirksverbände sich zu einem
stark fördernden Elemente des Roten Kreuzes auswachsen
werden.

× Oberbrügge, 22. Okt. „Wir haben keine
süßen Reden, noch heitern Worte Ueberfluß“, so lesen
wir bei unserem weis. Dichter Rittershaus und deshalb
sollen wir auch nur einige Augenblicke dabei verweilen,
was uns am Sonnabend, den 21. ds. Mts. durch Herrn
Musikdirektor Willy Peters mit seiner Künstlergarde ge-
boten wurde. Reichhaltig, schön, inhaltlich wohl durch-
dacht mit einigen Zugaben ausgestattet, lag das Pro-
gramm vor uns. Im Trio D-Dur für Klavier, Violine
und Cello erfreute uns besonders Frl. Hildegard Peters,
welche hier ziemlich schwierige Lagen für Klavier gut
zu Gehör brachte. Ebenso können wir den beiden
Zwillingen Frl. Elsa und Hanna Peters unsere Aner-
kennung nicht versagen, da auch sie es verstanden, durch
ihre gut vorgetragene Solis die Herzen der Zuhörer zu

verleumert, hatten doch vieles wieder wacherüttelt, was
sie sich einst als Steuer gegen ihre wachsende Reizung einge-
prägt... Sie dachte an seinen unerschütterlichen Muth, an
die sich selbst vergessende Liebe zu seiner Schwester und an
die Meinung aller, daß er ein völlig kaltes Herz habe gegen-
über dem anderen Geschlechte... Alle die bunten, schim-
mernden Träume, die sie umflattert hatten auf dem Wege
durch den stillen Wald, sie legten jetzt die Flügel zusammen
und starben einer nach dem anderen unter dem prüfenden
Blick des erwachten Auges... Daß er heute eine wunder-
bar weiche Stimmung ihr gegenüber gezeigt und sie gegen den
Hochmut seiner Verwandten hochherzig in Schutz genommen
hätte, konnte dies nicht alles aus dem Gefühl einer strengen
Gerechtigkeitsliebe stammen? Hatte er nicht auch Miß-
trauen geschöpft? Und der Glückwunsch... an den Glück-
wunsch... an den freundlichen Glückwunsch und an sein
Ende durfte sie freilich nicht denken, wenn nicht alle Traum-
leichen ein fröhliches Auserstehen feiern sollten.

Als sie in die Tür des Forsthauses trat, kam ihr Sabine
mit angstvollem Gesicht entgegen. Sie deutete stumm auf
die Wohnstube. Der Onkel sprach drinnen laut und heftig,
und man hörte deutlich, wie er dabei mit starken Schritten
auf und ab ging.

„Ach, ach,“ flüsterte Sabine, „da drinnen geht's schlimm
her!... Die Berta ist dem Herrn Oberförster in den letzten
Wochen immer geschickt aus dem Wege gegangen, vorhin aber
hatte sie in dem Hausflur gestanden und hat nicht gemerkt,
daß er durch die Hoftür hereingekommen ist; das war ihm
gerade recht. Sie sah aus wie eine gewiesene Wand vor
Schreden, aber all ihr Sperren und Zerrn hat nichts genutzt,
sie hat mit gemerkt... Herr meines Lebens, bei dem Herrn
Oberförster möcht ich auch nicht zur Beichte gehen.“

Ein lautes Aufschluchzen, das fast wie ein erstickter
Schrei klang, unterbrach Sabines Geflüster.

„So recht!“ hörten sie jetzt den Oberförster mit bedeu-
tend milderer Stimme sagen, „das ist doch ein Zeichen, daß
du nicht gänzlich verhärtet und verdorben bist... Und nun
sprich auch. Denke, daß ich hier an Stelle deiner braven
Eltern stehe... Hast du einen Kummer, so schütte ihn aus;
ist er ohne dein Verschulden über dich gekommen, so kannst
du sicher sein, daß ich ihn rechtlich mit dir tragen werde.“

Es erfolgte abermals ein lautes Weinen.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftliches.

Die Preisfrage im Umlagegesetz.

An das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, an das Preussische Ministerium für Landwirtschaft und an den Reichskanzler hat der Reichs-Landbund erneut folgende dringliche Forderungen gerichtet:

Nach Mitteilungen in der Presse beabsichtigt das Reichskabinett, dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt eine Novelle zum Getreideumlagegesetz vorzulegen, durch die der Umlagepreis für das erste Drittel auf das Dreifache des jetzigen Preises erhöht werden soll!

Diese Mitteilung hat die Landwirtschaft auf das schmerzlichste entsetzt. Schon der Beschluß der Zwanziger Kommission, in dem der Regierung das Vierfache des jetzigen Umlagepreises für das erste Drittel vorgeschlagen wurde, trug nicht der tatsächlichen Preisentwicklung in den letzten Monaten Rechnung, da er in seinen Indexberechnungen ausging von den Produktionskosten für den Zentner Roggen in Höhe von 50 Mark am 1. 1. 1920. Dieser Preis entsprach bereits damals nicht den wirklichen Verhältnissen, denn von den landwirtschaftlichen Sachverständigen waren schon zu dem vorgenannten Zeitpunkt die Produktionskosten des Zentners Roggen auf 85 Mark berechnet. Daß die Vorlage des Reichsernährungsministeriums selbst noch erheblich unter diesen Vorschlag heruntersinkt, ist wohl auf den Ansturm zurückzuführen, der in den Kreisen der Linksparteien gegen jede Erhöhung der Preise des ersten Drittels entzündet worden ist! Es ist sehr bedauerlich, daß angesichts der immer weiter fortschreitenden Teuerung und trotz aller von Landwirtschaftlicher Seite hervorgebrachten ernstlichen Gründe die Reichsregierung auch diesmal nicht für eine angemessene Preiserhöhung eintritt. Dieses Verhalten der Regierung steht in beständigem Widerspruch gegenüber der ständigen Aufforderung an die schaffenden Stände, insbesondere an die Landwirtschaft, zu arbeiten und vermehrte Werte herbeizuführen.

Es steht nur dann zu hoffen, daß die landwirtschaftliche Produktion gesteigert wird, wenn der Landwirt wenigstens die Gesteuerungskosten und diejenigen Kosten, die die Fortführung der Wirtschaft gewährleisten, ersetzt bekommt, wie sie im allgemeinen im Marktpreis wohl am richtigsten zum Ausdruck kommen. Die ständige Ungewißheit aber über die Preisfestsetzung, die die jeweiligen Teuerungsverhältnisse nicht genügend berücksichtigt und den Preis künstlich niederhält, muß zu einer die Produktion hindernenden Unsicherheit im Betriebe führen.

Unterstützung der Darbenden — Pflicht der Gesamtheit.

In Bayern hat der ständige Landtagsausschuß einstimmig beschlossen, 200 Millionen Mark zur Unterstützung unverschuldet hilfsbedürftiger Personen durch Beschaffung oder Verbilligung von Lebensmitteln bereitzustellen. Damit wird eine Reihe staatlicher Unterstützungsmaßnahmen fortgesetzt, die in Bayern bereits seit Jahren üblich geworden sind. Im Jahre 1919 insbesondere auf die Verbilligung von Kartoffeln angewendet, sind entsprechende staatliche Hilfsleistungen später insbesondere auf Milch und Brot ausgedehnt worden. Seit dem 1. Juli 1921 bis zum 1. Februar 1922 sind allein für Milchverbilligung 6 Millionen Mark flüssig gemacht worden. Für Brot- und Mehlverbilligung sind seit Dezember des Vorjahres 32 Millionen Mark ausgegeben worden. In Bayern ist also im Sinne des Reichs-Landbundes die Vorlesung für

die hilfsbedürftigen Personen durch Beschaffung und Verbilligung von Lebensmitteln längst als Aufgabe der Allgemeinheit erkannt, während im Reiche sich die Unterstützung durch verbilligte Lebensmittel keineswegs auf die besonders Darbenden beschränkt und die Lasten des Unterstützungswerkes mit der Getreideumlage lediglich einem einzelnen Berufsstande aufgebürdet werden. In Bayern hat der ernste Wille auch den gerechteren Weg gefunden, der die Parteien zu einmütigen Beschlüssen zwingt.

Ein eigentümliches Verfahren.

Dem Reichs-Landbund wird aus Mitgliederkreisen mitgeteilt:

Ein Besitzer in Schlesien bestellte am 15. 9. 1922 bei der „Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung“ in Breslau Brennpirritus und erhielt darauf unter dem 19. 9. den folgenden Bescheid:

„Mit Geltung vom 15. d. Mts. abends ist die Spirituslieferung in Erwartung neuer höherer Preise gesperrt. Sobald die neuen Preise herausgegeben sind, machen wir Ihnen Mitteilung.“

Die Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

Unterschrift.

Ein anderer Landwirt, gleichfalls aus Schlesien, bestellte auch ein Quantum Brennpirritus und erhielt darauf die Nachricht, daß er einen bestimmten Betrag einzahlen hätte. Bei der herrschenden Geldknappheit verzögerte sich die Überweisung durch die Bank um einige Tage, worauf die Mitteilung kam, daß der Preis sich um 10 und so viel Mark erhöht habe und infolgedessen ein weiterer Betrag eingezahlt werden solle. Nachdem auch dies geschehen war, erhielt der betreffende Landwirt eine Karte ungefähr des gleichen Inhalts wie oben.

Das ist doch ein mindestens „eigentümliches“ Geschäftsgebar!

Die Freunde des Landarbeiters.

Wie der Reichs-Landbund uns schreibt, hat der frühere sozialdemokratische Staatssekretär Dr. August Müller unlängst im „Berliner Tageblatt“ vom 14. 9. 22 und auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg auf die angeblich viel zu hohen Deputate der ostelbischen Landarbeiter hingewiesen, deren Herabsetzung gefordert und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Führer des deutschen Landarbeiterverbandes sich für diese Herabsetzung energisch einsetzen würden.

Die Landarbeiter der hohen Deputatsbezirke sind, was völlig übersehen wird, nicht nur Verbraucher, sondern in erster Linie Erzeuger von Lebensmitteln, die hohen Deputatsbezüge werden darum auch nicht selbst verbraucht, sondern dienen zum größten Teil der Weiterverwertung (Schweinefleisch, Aufzucht, Aufziehen eines Kalbes, umfangreiche Geflügelzucht). Statt deshalb darüber Klage zu führen, daß die einzelnen Landarbeiterfamilien drei und noch mehr Schweine im Stall stehen haben, sollte man sich über diese Steigerung der Schweinefleischherzeugung, die zum größten Teil städtischen Verbrauchern zugute kommt, freuen. Von den drei Schweinen, die der Landarbeiter im Stall hat, kommen doch in der Regel zwei, wenn sie schlachtreif geworden sind, zum Verkauf, genau so, wie die zwanzig und mehr Gänse, die von einzelnen Landarbeiterfamilien gehalten werden, für den Markt und nicht für den eigenen Verbrauch bestimmt sind.

Der mit Deputat entlohnte Landarbeiter ist aber keineswegs nur Lohnempfänger wie der Industriearbeiter, sondern in starkem Maße Selbstzeuger, steht darum in seiner sozialen Stellung weit über dem großstädtischen Proletariat.

Gegen Übergriffe.

Von Rechtsanwalt Ernst Böttger-Berlin, Rechtsbeirat des Reichs-Landbundes.

Herr Hörning, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, hat erst kürzlich die Ehre gehabt, vom Staatsgerichtshof einen Denzettel zu erhalten. Allzu besorgt um die zarbeseitigten Nerven der Sozialdemokratie, wollte er diese vor Ohnmachtsanfällen bewahren, wenn bei einer Landbundesfeier unsere Bauern nach altem deutschen Brauch ein Vaterlandslied gesungen hätten, statt der Internationale oder der Sowjethymne. Er hat aber noch ein andermal das Bedürfnis gefühlt, zu beweisen wie unsinnig das Gesetz zum Schutze der Republik wirkt, wenn seine Handhabung in die Hände eines Verwaltungsbeamten gelegt wird, der sich klüger dünkt als die Väter des Gesetzes. Herr Hörning hatte den „Helbraer Anzeiger“ für 8 Tage verboten, wegen eines Aufsatzes über „Selbstverwertung und Preisbildung“, in dem es am Schluß heißt:

„Da werden die Landwirte, die Händler, die Fabrikanten und wer weiß nicht wer alles des Wuchers bezichtigt und mit Zwangsmaßnahmen sowie Strafen bedroht; der Hauptschuldige aber, der Staat mit seiner Notenpresse, der die Besitzenden und Arbeitenden immer mehr ausfaugt und immer ärmer macht, der bleibt unbehellig.“

Hörning stützt sich auf Artikel 3 der VO. v. 29. Juni 22, wonach das Verbot einer Zeitschrift ausgesprochen werden kann, wenn durch den Inhalt die Strafbarkeit einer zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gehörenden Handlung begründet wird. Aus der Heranziehung der Paragraphen ist nicht zu ersehen, welches Verbot die „Helbraer Zeitung“ dem republikanisch überempfindlichen Herzen des Herrn Hörning zugefügt hat. Gewiß ist es selbst für einen Oberpräsidenten, der ja schon ein schönes Gehalt bezieht, nicht angenehm, wenn festgestellt werden muß, daß das Geld schlechter geworden ist und die Ware sich von Tag zu Tag teurer stellt; er wird jedoch seine Gedanken über die Ursachen dieser Geldentwertung im stillen vortragen. Schließlich ist es aber Pflicht der Presse, derartige Fragen, die die Allgemeinheit betreffen, in der Öffentlichkeit zu behandeln. Da kann man nicht an der Tatsache vorübergehen, daß der heutige Vater Staat einen ganz erheblichen Teil Schuld an dieser Geldverwässerung, wie der „Helbraer Anzeiger“ sich ausdrückt, mitträgt. Wenn unter diesen Umständen der Artikel von der hier bestehenden Wirtschaft des Staates spricht, die die Besitzenden und Arbeitenden immer mehr ausfaugt und immer ärmer macht, indem sie ihnen nur Scheinwerte, man hätte auch sagen können, Papier statt Brot schenkt, so gibt er eine Charakteristik der heutigen Zeitumstände, die auch Herr Hörning nur mit Freude begrüßen könnte, wenn — ja, wenn er nicht in erster Linie Parteipolitiker wäre.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Prozeß des früheren Kaisers. Das Berliner Kammergericht hat in dem von Wilhelm II. gegen den Dichter Emil Ludwig angestrengten Prozeß entschieden, daß das von Ludwig geschriebene Bismarckdrama, das der frühere Kaiser verboten sehen wollte, für die Aufführung und für den Publikumsverkauf freigegeben sei. Das Urteil ist von grundsätzlicher Bedeutung, da nunmehr das Recht des Dichters zur Dramatisierung zeitgeschichtlicher Persönlichkeiten anerkannt ist.

Kölner Frühdevisen. Der Dollar — 4500

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Oktober 85.— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezugsnehmer und Inzerenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Achtung!

Union der Hand- u. Kopfarbeiter Deutschlands

Sonntag, den 29. Oktober 1922, nachm. 3 1/2 Uhr
findet auf der Karls Höhe im Lokale des Herrn
R. Thelmann eine

öffentliche

Volks-
Versammlung

statt.

Genosse Rübhausen

spricht über das Thema:

„Die Teuerung! Was tun die Gewerkschaften? Was will die Union?“

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen
Sämtliche Gewerkschaftsbeamten aller Richtungen sind
hierzu freundlichst eingeladen.

Achtung!

Statt jeder besonderen Anzeige.



Am Montag abend 10 Uhr erlöste
ein sanfter Tod unsere gute und unver-
gessliche Schwester und Tante

Frl. Dina Pletsch

im Alter von beinahe 73 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen:

Sara u. Wilhelm Pletsch.

Kierspe-Bhf., den 24. Okt. 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den
27. Okt., nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause
aus statt.

Von Beileidsbesuchen bittet man Abstand
zu nehmen.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums

Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelwerk
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.
Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten,
Stimmungen und Reparaturen.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1969
Fernruf 1897 und 3965.

Sofort ab Lager lieferbar:

Neue Werkzeugmaschinen

je 1 Luftkammer (Hessmüller) 100 und 175
kg Vargewicht,

1 Friktionspindelpresse, 100 mm Spindel Ø

je 2 Exzentropressen ohne Nadelvorgelege, 12,
25, 45 t Druck,

20 Raltsägen, Shapingmaschinen 200, 350,
400, 500, 550, 650 mm Hub,

etwa 75 Tisch- und Säulen-Schnellbohr-
maschinen von 10 bis 50 mm Leistung,

12 Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel, 150—
300 mm Spindelhöhe, 1—2 m Drehlänge,

1 Universal-Gräsmaschine,

Tischgröße 850×175 mm,

1 Hochleistungsgevindebohrmaschine,
bis 2 1/2",

Gewindebohrmaschinen, Vitoria bis 1 1/2",

je 1 Stoßmaschine, 150 und 180 mm Hub,

2 Hochleistungssägemaschinen, für 110 und
150 mm Ø,

3 Bandsägen, 750 mm Rollendurchmesser,
etwa 300 Handblechscheren, für 3—15 mm

Bleche,

Tafelscheren, 1 m Schnittlänge.

Gebrauchte Maschinen.

je 1 Absiebbank, 80 und 100 mm (Viernaght)

1 Hobelmaschine, 3500×1100×1200 mm,

je eine Vertikalfräsmaschine, 1000×280 mm
und 950×250 mm Tischgröße,

Revolverbänke 18, 27, 32, 35 u. 45 mm Bohrung,
ca 25 Drehbänke 150—370 mm Spindelhöhe,
1—2 m Drehlänge,

2 Horizontal-, 1 Doppel- und 1 Planfrä-
smaschine,

Flächen- und Werkzeugschleifmaschinen,

1 Horizontal-Bohr- und Fräswerk,
60 mm Spindel Ø,

2 Einscheiben-Schnelldrehbänke, 1633

Handspindelpressen,

1 Härteofen, Halbgasgenerator,

1 Wandbohrmaschine, bis 80 mm bohrend
Lagerbefähigung erbeten.

Übernahme freiverdender Werkzeugmaschinen.

Maschinenfabrik Alfred Ratory,

Inh. W. Ratory,

Haspe i. W., Kohlenbahn 2

Fernsprecher Amt Hagen 350 und 351.

M.-G.-B.
Niedertafel
Halver.

Freitag abends 7 1/2 Uhr

Zusammenkunft

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Einige tüchtige

Fallhammer-

schmiede

für dauernde Beschäftigung
gesucht.

Märktisches Werk

Halver.

Jugendliche

Arbeiter

für Kernmacherei gesucht.

C. Roh,

G. m. b. H.,

Halver i. Westf.

Seegras-Matratzen

für 2 kompl. Betten

umständelhalber preiswert ab-
zugeben

Wo, sagt die Geschäftsf.
des Allg. Anz., Halver.

Erhalte am 26. d. Mts.
hochtragende
Rühe u. Schweine.
Weiter erhalte am ge-
nannten Tage mehrere La-
bungen frostfreie
Runkelrüben.
Carl Schmale, Halver.
Telefon 23.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weiterer

Kreise kommen sollen,

finden durch

den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmüller General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.